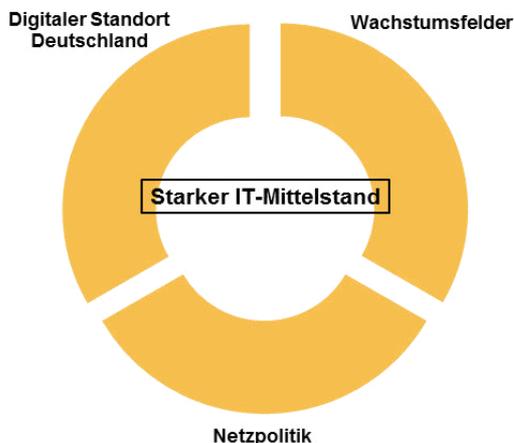


Das Sprachrohr für 1.000 IT-Mittelständler

Positionspapier

„Starker IT-Mittelstand im digitalen Deutschland“

Förderung des unabhängigen IT-Mittelstands in Deutschland



Der Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi) vertritt die Interessen von über 1.000 IT-Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene und ist damit der größte Fachverband für ausschließlich mittelständische Interessen in Deutschland. Im BITMi sind sowohl direkte Mitglieder als auch assoziierte Regional- und Fachverbände von Unternehmen aus den Bereichen Software, Internet, Dienstleistung und Hardware, die maximal 750 Mitarbeiter beschäftigen, zusammengeschlossen.

Der BITMi ist sowohl in Berlin als auch in Brüssel politisch sehr aktiv. So ist der Verband u.a. beim Deutschen Bundestag akkreditiert, Mitglied in der Arbeitsgruppe 1 des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) zur Durchführung des jährlich stattfindenden IT-Gipfels, Mitglied des Beirats „Junge Digitale Wirtschaft“ der Bundesregierung und Mitglied in der Task Force IT-Sicherheit des BMWi. Auf europäischer Ebene vertritt der BITMi die Belange deutscher IT-KMUs u.a. im Europäischen IT-Mittelstandsverband (PIN-SME).

I. Digitaler Standort Deutschland

Innovation und Fortschritt sind die Grundlage unserer Wettbewerbsfähigkeit und unseres Wohlstandes, gleichzeitig ist die Mehrzahl aller Innovationen der letzten Jahre IT-basiert. Daher sollte die Digitalpolitik oberste Priorität besitzen.

Wir wollen den IT-Standort Deutschland stärken, damit Deutschland im globalen Wettbewerb nicht nur konkurrenzfähig bleibt, sondern in möglichst vielen Bereichen Weltmarktführer wird. Wir müssen den Fokus auf die Stärkung der Qualität und Zukunftsfähigkeit unserer IT-Produkte richten, damit wir unabhängiger von ausländischen Angeboten werden. Wir setzen uns für die Digitalisierung der Wirtschaft, eine Stärkung des Gründungsgeistes und des Unternehmertums, und vor allem für eine gezielte Förderung des IT-Mittelstands ein. Der IT-Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und die Branche der Zukunft.

Die Unternehmen im deutschen IT-Sektor haben 2011 ca. 100 Mrd. Euro umgesetzt.ⁱ Der Anteil der mittelständischen IT-Wirtschaft beträgt mit ca. 47 Mrd. etwa 47%. Und der Mittelstand ist produktiv: 6,7% der Unternehmen, dies sind etwa 5.000 Unternehmen mit 20 bis 500 Mitarbeitern, erwirtschaften knapp 70% der mittelständischen IT-Umsätze.ⁱⁱ Auch Ausbildung ist eine Angelegenheit des Mittelstands. Im IT-Mittelstand sind etwa 85 Prozent

aller Auszubildenden der Branche und knapp 60% aller Mitarbeiter der Branche tätig.ⁱⁱⁱ

Der Schlüssel zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland liegt nach Auffassung des BITMi im starken IT-Mittelstand: Nur ein gestärkter und internationalisierter IT-Mittelstand kann das innovative, kreative und wachstumsstarke Potenzial Deutschlands effektiv umsetzen. Die Förderung von Startups und die Förderung von mittelständischen Unternehmen, die bereits die Gründungsphase abgeschlossen und sich nun am Markt etabliert haben, sind gleichermaßen wichtig. Der BITMi formuliert vor diesem Hintergrund folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- **Finanzierung und Eigenkapitalquote der IT-KMUs verbessern** durch: besseren Zugang zu alternativen Finanzierungsquellen wie Venture Capital, Schaffung eines neuen technologieorientierten Börsensegments „Markt 2.0“ und die alleinige sowie moderate Besteuerung des Ertrags von IT-KMUs, wenn dieser anfällt. Um Investitionen zu fördern, sollte eine Ausnahme für reinvestierte Erträge gelten (Thesaurierung).
- **IT-Fachkräfte in Deutschland vermehren** durch: ein integratives Unterrichtskonzept für Informatik als Pflichtfach an Schulen, eine bessere Verankerung der MINT-Fächer im Schulcurriculum, die vereinfachte Anwerbung ausländischer Fachkräfte in der IT-Branche und die Bereitstellung eines berufsbegleitenden Bildungssystems für lebenslanges Lernen mit Durchlässigkeit bei der Anerkennung von Vorabschlüssen.
- **Zugang zur Forschung für IT-KMUs verbessern und eigene Forschungsaktivitäten stärken** durch: steuerliche Förderung freier Forschung, die Erhöhung der Mittelstands-Förderquoten und einen verbesserten Technologietransfer zwischen Hochschulen und mittelständischer IT-Wirtschaft u.a. durch die Förderung von mittelständischer Netzwerk- und Clusterbildung.
- **IT-Mittelstand internationalisieren** durch: die Förderung gezielter Forschung zu Kriterien und Handlungsmodellen sowie weitere Maßnahmen zur Internationalisierung von IT-KMUs, die weitere Harmonisierung des EU-Binnenmarkts und die aktive Förderung der Marke „Made in Germany“, um deutsche IT-Produkte international sichtbar zu machen. Eine Erweiterung von staatlichen Interventionen in den Markt lehnen wir ab.

- **Das Wachstumspotenzial der deutsche IT-Sicherheitsbranche stimulieren** durch: die Initiierung von Förderprogrammen (z.B. Ideenwettbewerbe) für IT-Sicherheitssoftware oder IT-Sicherheitsdienste sowie Hersteller sicherer Software- und Hardwarelösungen und Verschlüsselungstechnologie und die Förderung von mittelständischer IT-Sicherheitsclusterbildung. Der deutsche IT-Mittelstand bietet sehr gute und innovative Lösungen ohne „Hintertüren“, es mangelt häufig nur an Marketing oder Usability.

II. Netzpolitik: das Thema der Gegenwart und der Zukunft

Netzpolitik ist ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche durchdrungen hat. Wir brauchen ein starkes und offenes Netz, an dem alle gleichberechtigt partizipieren, und dessen Chancen alle nutzen können. Ein freies Internet ist eine unerlässliche Bedingung für eine moderne Informationsgesellschaft und für einen dynamischen und innovativen Wirtschaftsraum. Das Internet hält sich nicht an Ländergrenzen, deswegen sind nationale Alleingänge nicht zielführend und ist eine internationale Koordination in allen Bereichen unerlässlich. Der BITMi formuliert vor diesem Hintergrund folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- **Netzpolitik im Bundestag und Regierung verankern** durch: die **Einrichtung eines Eigenständigen Internetausschusses** im Deutschen Bundestag zur Fortsetzung der Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ der 17. Legislaturperiode sowie, zu dessen politischer Unterstützung und Koordination, Schaffung eines Staatsministers für „Digitale Gesellschaft und Wirtschaft“ im Bundeskanzleramt. Die über die Ministerien verteilten Kompetenzen müssen im Bundeskanzleramt koordiniert werden.
- Die Grundlage für ein zukünftig wettbewerbsfähiges, innovatives und starkes Deutschland schaffen durch: **den Ausbau der flächendeckenden Breitbandversorgung bzw. ultraschneller Breitbandnetze mit stärkerer staatlicher finanzieller Beteiligung** als absolute Priorität.
- Die diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen in Netzen sichern durch: **die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität auf Basis des § 41a Telekommunikationsgesetz.**
- Die Expertise und das Bewusstsein für die Themen **Datenschutz, Datensicherheit**

cherheit und IT-Sicherheit (Sicherheitskultur) in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erhöhen durch: die Behandlung dieser Themen als Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. Das bedeutet die **dringende Aufklärung des NSA-Skandals**, eine **zügige Vervollständigung der Novellierung des Europäischen Datenschutzrechts** – ein hohes, einheitliches Datenschutzniveau ist auch ein Wettbewerbsvorteil für die Wirtschaft – und den **Verzicht auf die Vorratsdatenspeicherung**. Diese trägt nicht zur Sicherheit bei und belastet die mittelständischen IT-Unternehmen überproportional.

- **Das IT-Sicherheitsniveau in Deutschland erhöhen** durch: ein **IT-Sicherheitsgesetz mit Konzentration auf Investition in Kompetenz und Fachwissen bzw. Bildung sowie Forschung und Entwicklung**. Ein neues Gesetz darf nicht zu einer überproportionalen Belastung des Mittelstands durch hohe Kosten und Bürokratie führen, es müssen genauere Definitionen von kritischen Infrastrukturen und kritischen Angriffen formuliert werden. Eine Meldepflicht lehnen wir ab.
- Ein freies und offenes Internet erhalten durch: **die Ablehnung eines nationa-**

len oder Schengen-Routings. Dies würde das Grundprinzip des Internets, die freie Bewegung von Datenpaketen durch das sogenannte „Peering“, zerstören und damit die Nutzung des Internets grundsätzlich verändern. Es böte keinen Schutz vor der NSA oder anderen Geheimdiensten – nur durch Verschlüsselung wären die Daten sicher –, würde aber die Kosten, auch für die Nutzer erhöhen.

- Einen fairen Interessenausgleich beim Thema Urheberrecht sicherstellen durch: die Schaffung eines **modernen, zeitgemäßen Urheberrechts**, die internationale Betrachtung des Themas, die **Vermeidung von Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen** und die **Abschaffung des Leistungsschutzrechts**, das vor allem IT-KMUs schadet.
- **Softwarebasierte Lösungen schützen** durch: die Stärkung des Urheberrechts gegenüber dem Patentrecht durch die Umsetzung der Forderungen des Bundestagsantrags 17/13086 zu Softwarepatenten im nationalen Recht sowie in den EU-Rechtsvorschriften. Softwarepatente be- und verhindern Innovation und führen zu Wettbewerbsverzerrungen.

- **Offene Standards fördern** durch: die Öffnung marktbeherrschender de-facto Standards, insbesondere im elektronischen Geschäftsverkehr, bei behördlichen Ausschreibungen und beim „Internet der Dinge“. Bei Standardisierungsprozessen muss der IT-Mittelstand stärker beteiligt werden.
- Wettbewerb und Innovation im Hardwaremarkt sichern durch: die **Ablehnung eines Routerzwangs**. Ein Routerzwang würde außerdem zusätzliche Sicherheitsrisiken bergen und eine ernsthafte Bedrohung sowohl für die Netzneutralität, als auch für den Datenschutz darstellen.

III. Wachstumsfelder

Es gibt einige Themenbereiche, wie zum Beispiel Cloud Computing, Industrie 4.0, Big Data, Mobility oder auch die Vergabepolitik, die für den Mittelstand besonders große Chancen bieten. Bei diesen digitalen Zukunftsthemen ist eine besonders starke politische Begleitung und Förderung gefragt. Grundvoraussetzungen sind eine vernünftige Breitbandpolitik und eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen IT-Sicherheit und Datenschutz. Der BITMi formuliert vor diesem Hintergrund folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- **Das wirtschaftliche Potenzial des Cloud Computings für die deutsche**

Wirtschaft weiter vorantreiben

durch: eine Optimierung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die Erhöhung der Zahl der deutschen Cloud-Anbieter und das Erleichtern der Teilnahme des Anwender-Mittelstands. Beim Mittelstand, muss ein stärkeres Bewusstsein für die potenziellen Chancen wie Effizienzgewinnung, schnellen Marktzugang, Kostenreduzierung oder auch neue Geschäftsmodelle des Cloud Computings, sowie für die Herausforderungen der IT- und Datensicherheit geschaffen werden.

- **Die Chancen der Vernetzung und Digitalisierung der gesamten traditionellen Industrieproduktionsprozesse, der sogenannten Industrie 4.0, ergreifen** durch: die intensive Begleitung dieses digitalen Prozesses mit anwendungsnahen FuE-Projekten, die Einbeziehung des Mittelstands u.a. bei der Entwicklung von rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen und bei der Aus- und Weiterbildung, die Entdeckung von „Hidden Champions“ aus dem IT-Mittelstand und die Förderung von „Joint Ventures“ im Mittelstand.
- **Die Zukunftsperspektiven von Big Data**, insbesondere für den Mittelstand stärken durch: die Initiierung von För-

derprogrammen im Bereich „Smart Data“ unter Mitwirkung des IT-Mittelstandes, die Stimulierung neuer Geschäftsmodelle durch die Organisation von Pilotprojekten und den Austausch von Bestpractices, sowie die Erhöhung des Bewusstseins für den Datenschutz und einen „sauberen“ Umgang mit Daten in der Wirtschaft.

- **Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten mobiler Technologien ausschöpfen** durch: die Unterstützung des Mittelstands bei Herausforderungen wie der Entwicklung einer mobilen Strategie, dem Thema „Bring Your Own Device“ und vor allem im Bereich der IT-Sicherheit. Die Erweiterung von bezahlbaren und schnellen mobilen Netzen ist unerlässlich, da dies die Grundlage für neue mobile Geschäftsmodelle bildet.
- **Ein mittelstandsgerechteres öffentliches Vergabewesen schaffen** durch: die Reformierung des Ausschreibungsrechts, die Ausschreibung der Aufträge in kleinen Losgrößen und die Verhinderung unfairer Wettbewerbsbedingungen sowie einer reinen Preiswertung bei Ausschreibungen von Großprojekten, damit eine Beurteilung der Angebote nach Preis und Leistung stattfindet. Es bedarf einer **IT-Mittelstandsquote** und **transparenter**

Vertragsbedingungen, um Vertragsdiktate der großen Konzerne zum Nachteil des IT-Mittelstandes zu verhindern. Verträge müssen transparent und fair sein.

Stand, März 2014

ⁱ Statistisches Bundesamt Deutschland 2011 sowie eigene Berechnungen

ⁱⁱ Statistisches Bundesamt Deutschland 2011 sowie eigene Berechnungen

ⁱⁱⁱ Bundesagentur für Arbeit, Institut für Mittelstandsforschung Bonn